

Open Source

Offen und unabhängig

[19.5.2021] Die öffentliche Verwaltung in Deutschland sollte sich technologisch stärker öffnen als bislang, beispielsweise durch den Einsatz von Open Source Software. Denn so können sich Akteure des Public Sector unter anderem ihre Unabhängigkeit bewahren.

Wie unabhängig muss und kann die öffentliche Verwaltung sein, wenn sie für den Einsatz innovativer Technologien und neue Formen der Zusammenarbeit offen sein möchte? Wie lässt sich die digitale Souveränität heute und in Zukunft gewährleisten? Diese Fragen werden intensiv diskutiert, wenn es um eine weitreichendere Nutzung von Open Source Software (OSS) im Public Sector sowie um die Bereitstellung von Individualentwicklungen als OSS nach dem Grundsatz Public Money, Public Code geht.

Ein wesentlicher Auslöser der Debatte um OSS ist der immense Bedeutungszuwachs digitaler Angebote bei Bund, Ländern und Kommunen. Effektive digitale Lösungen und eine leistungsstarke IT-Infrastruktur bilden das Rückgrat moderner Behörden. Dieser Bedeutungswandel verändert den Blick auf den Einsatz von proprietärer Software und von Open-Source-Ansätzen. Das Onlinezugangsgesetz (OZG) befeuert die Diskussion zusätzlich. Denn der Servicestandard für die OZG-Umsetzung definiert in sechs Kategorien eine Reihe von Prinzipien, denen diese Umsetzung folgen soll.

Aufwand senken, Geld sparen

Folgende drei Prinzipien sind in der Kategorie "Offenheit" aufgeführt: offene Standards, Open Source und Wiederverwendung. Bei der Realisierung und dem Betrieb digitaler Angebote müssen also erstens offene Standards genutzt werden. Das sind Standards, die für alle Marktteilnehmer besonders leicht zugänglich, weiterentwickelbar und einsetzbar sind. Zweitens wird der Quellcode aus der Realisierung digitaler Angebote der Verwaltung (Eigenentwicklung) als Open Source zur Verfügung gestellt. Das bedeutet, dass Dritte die entwickelte Lösung kostenfrei nachnutzen und für ihre Zwecke verändern dürfen. Vor der Konzeption und Umsetzung einer neuen IT-Komponente ist, drittens, die Möglichkeit der Nachnutzung und Wiederverwendung vorhandener digitaler Angebote und deren Bestandteilen zu prüfen. Das Prinzip der Offenheit hat damit weitreichende Folgen: Es fordert zwar nicht den expliziten Einsatz von OSS, schafft jedoch

wichtige Voraussetzungen dafür. Und es gibt zahlreiche Gründe für die Verwendung und Bereitstellung dieser Programme durch die öffentliche Verwaltung. So helfen der Einsatz und die Wiederverwendung von OSS etwa dabei, Kosten zu sparen, da wiederkehrende Lizenzgebühren für proprietäre Software wegfallen. Zudem erleichtert frei verfügbare Software die Entwicklung der eigenen IT-Landschaft. Darüber hinaus erzeugt der Einsatz proprietärer Software häufig eine Reihe von Folgekosten, die stets mitbedacht werden müssen. Dazu zählt beispielsweise die Beschränkung auf bestimmte Dateiformate und Schnittstellen. Bei Individuallösungen, die nach Open-Source-Prinzipien umgesetzt werden, wirken außerdem meist Dritte mit oder sind eingebunden. Damit sinkt der eigene Aufwand bei der Entwicklung und die Behörden sparen Geld.

Viele Augen sehen mehr als zwei

Mit der Digitalisierung ihrer Prozesse können Behörden auch flexibler auf Herausforderungen reagieren und diese besser einschätzen. Das setzt ein entsprechendes Maß an Reaktionsgeschwindigkeit voraus. Im Fall von OSS profitiert der Public Sector von der aktiven Zusammenarbeit mit Dritten. Ein aktuelles Beispiel ist die Corona-Warn-App, deren proprietäre Entwicklung vermutlich mehr Zeit in Anspruch genommen hätte. Da der gesamte Quellcode öffentlich zugänglich gemacht wurde, konnten unabhängige Entwickler diesen beispielsweise auf Sicherheitslücken hin überprüfen. Der intensive Austausch zwischen Bedarfsträgern, Nutzern und Entwicklern in einer Community ermöglicht eine schnellere Umsetzung und Bereitstellung neuer Funktionalitäten und geänderter Anforderungen.

Die Zusammenarbeit trägt maßgeblich dazu bei, dass neue Ideen in die Entwicklung und Weiterentwicklung von IT-Lösungen einfließen. OSS lässt sich besser auf Bedürfnisse und das direkte Nutzer-Feedback zuschneiden. Im Gegensatz dazu ist proprietäre Software immer ein Kompromiss verschiedener Anforderungen und muss auch Marketing- und Vertriebsfragen berücksichtigen. Zudem sehen viele Augen mehr als zwei – diese Erkenntnis mag nicht überraschen, doch ist sie für den Open-Source-Einsatz besonders wichtig. Eine offene Community mit vielen Beteiligten erkennt, analysiert und beseitigt mehr Fehler und agiert schneller als ein Team weniger IT-Tester. Die Offenlegung des Quellcodes steigert somit die Verlässlichkeit der Software.

Digitale Souveränität

Ähnlich verhält es sich mit der Sicherheit: OSS kann frei geprüft werden, unabhängige Audits und Code Reviews sind zu jedem beliebigen Zeitpunkt möglich. Das erhöht die Sicherheit der IT-Verfahren und -Dienste. Die Möglichkeit des Einblicks in den Programm-Code schafft Transparenz und fördert die Nachvollziehbarkeit von Abläufen und Entscheidungen. Der übergreifende OSS-Einsatz im Public Sector fördert somit das Vertrauen in die öffentliche Verwaltung insgesamt. Mit der Nutzung von OSS bleiben Behörden zudem unabhängig von einzelnen Herstellern und bewahren sich ihre individuelle Gestaltungsfreiheit. Diese zwei Aspekte sind wesentliche Voraussetzungen für digitale Souveränität. Die freie Software lässt sich schneller und kostengünstiger an die eigenen Bedürfnisse anpassen – zu dem Zeitpunkt und zu den Konditionen, die für die jeweilige Einrichtung am besten passen.

Oliver Bildesheim ist Manager Public Sector bei der Management- und Technologieberatung Sopra Steria.

<https://www.soprasteria.de>

Dieser Beitrag ist in der Ausgabe Mai 2021 von Kommune21 erschienen. Hier können Sie ein Exemplar bestellen oder die Zeitschrift abonnieren. (Deep Link)

Stichwörter: IT-Infrastruktur, Sopra Steria Consulting, Open Source

Bildquelle: lila Karpenko/123rf.com

Quelle: www.kommune21.de